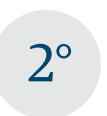


LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | AMTLICHES BEKANNTMACHUNGSORGAN DER STADT UND DES LANDKREISES LUDWIGSBURG



Tourismus
Berlins Zeiten als
Trendziel sind
vorbei. **SEITE 19**



WETTER, SEITE 20

SPORTERGEBNISSE
FUßBALL, CHAMPIONS LEAGUE
Dortmund – Lille **1:1**
EISHOCKEY, OBERLIGA
Halle – Bietigheim **4:1**

LOKALES
LUDWIGSBURG
■ **Eine Sternenmama und ihr Weg aus der Trauer:** Noch zwei Wochen, und Malea hätte leben können. Sie starb in der 22. Schwangerschaftswoche. Ihre Mutter Nadja Eder aus Ludwigsburg geht ihren eigenen Weg aus der Trauer. **SEITE 9**

KORNTAL-MÜNCHINGEN
■ **Weiter Unmut wegen Ausbau der B 10:** Der Verkehrsfluss von der A81 stadteinwärts soll verbessert werden. Den Korntal-Münchinger Räten stößt dabei auf, dass sie nicht mitreden dürfen, vor allem in Sachen Natur. **SEITE 16**

VAIHINGEN
■ **Verein besorgt über mehr Vandalismus:** Immer wieder werden Infotafeln der KZ-Gedenkstätte Vaihingen zerstört oder beschmiert. Der Trägerverein der Gedenkstätte geht von Tätern mit rechtsextremistischer Gesinnung aus. **SEITE 17**

THEMEN
■ **Papst wird zusätzlich mit Sauerstoff versorgt:** Die Sorge um Papst Franziskus wächst. Nach den zwei schweren Anfällen von Atemnot am Montag wird der 88-Jährige nun mit zusätzlichem Sauerstoff über einen Schlauch in die Nase versorgt. **POLITIK, SEITE 2**

■ **Porsche sichert sich Anteil an Varta-Tochter:** Der Zuffenhausener Sportwagenbauer Porsche eilt der finanziell angeschlagenen Firma zu Hilfe und übernimmt die Mehrheit an der Autobatterie-Tochter von Varta. **WIRTSCHAFT, SEITE 6**

EUROJACKPOT
5 aus 50
4 12 35 37 48
2 aus 12:
4 10
Alle Angaben ohne Gewähr.

BÖRSE
DAX 22.326,81 **-3,54%** 
DOW JONES 42.870,12 **-0,74%** 
EURO (in Dollar) 1,0557 **+0,88%** 

WO STEHT WAS?
Familienanzeigen 17
Fernseh-Programm, Rätsel 20
Kultur 5
Rätsel, Notdienste, Horoskop 12

SO ERREICHEN SIE UNS
Anzeigen
anzeigen@lkz.de (07141) 130-222
Leserservice
leserservice@lkz.de (07141) 130-333
Redaktion
redaktion@lkz.de (07141) 130-240
Zentrale
(07141) 130-0

www.lkz.de



NAHVERKEHR

Erste Einsätze für die neuen S-Bahnen

Seit Montag sind die ersten umgebauten S-Bahn-Fahrzeuge in Betrieb, zunächst nur auf der Linie S1. Bei den Passagieren kamen die neuen Mehrzweckbereiche gut an, insbesondere die dicker gepolsterten Klappsitze. Viele waren zuvor über die Neuerungen jedoch nicht informiert – da fielen die kleinen technischen Pannen kaum auf, die die Bahn nun beheben will. (jsw)

Foto: Julia Schweizer

SEITE 13



KONFLIKTE

USA stoppen Ukraine-Hilfe - Historische Einigung in Berlin

BRÜSSEL/WASHINGTON/BERLIN. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat einen Plan vorgeschlagen, um die Verteidigungsausgaben in Europa massiv zu erhöhen. Insgesamt könne Europa so nahezu 800 Milliarden Euro mobilisieren, sagte von der Leyen in Brüssel. Die Sicherheit des Kontinents sei auf sehr reale Weise bedroht. „Dies ist die Stunde Europas, und wir müssen ihr gerecht werden“, erklärte von der Leyen. „Wir befinden uns in einer Ära der Aufrüstung, und Europa ist bereit, seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen.“

Nur wenige Stunden vor der Erklärung von der Leyen hatte die Regierung von US-Präsident Donald Trump verkündet, ihre Militärhilfen für die Ukraine vorerst einzustellen – wenige Tage nach dem Eklat beim Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus. Selenskyj drückte am Dienstag sein Bedauern über den Streit aus. „Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen“, schrieb er auf Englisch auf der Plattform X. Er sei bereit, unter Trumps „starker Führung“ daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden.

Seit dem öffentlichen Streit am Freitag wurden zugleich die Stimmen laut, dass Europa dringend selbst mehr für seine Verteidigung tun müsse. In Berlin haben sich Union und SPD auf ein historisches Finanzpaket geeinigt, wie die Parteien im Rahmen ihrer Sondierungsgespräche am Dienstagabend mitteilten. Sie wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen; für bestimmte Investitionen in die Verteidigung soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse gelockert werden. (dpa)

SEITE 3

Bürger im Land fürchten um die Zukunft

Umfrage: Baden-Württemberger angesichts der finanziellen Lage für Lockerung der Schuldenbremse

STUTTGART. Die Baden-Württemberger machen sich Sorgen um Deutschland. Dies ergab die neuste repräsentative Umfrage in der Reihe BaWü-Check. 43 Prozent der im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen befragten Men-

schen im Land befürchten, dass die Bundesrepublik ihre besten Jahre hinter sich hat. Sie machen dies an der finanziellen Lage im Land und den ökonomischen Perspektiven fest. 38 Prozent allerdings halten diese Einschätzung für zu pessi-



mistisch. Die angesichts der schwierigen finanziellen Lage auf Bundesebene infrage gestellte Schuldenbremse sehen auch die Baden-Württemberger mehrheitlich skeptisch. Sie einzuhalten werde den aktuellen Anforderungen nicht

gerecht. 50 Prozent der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, die Ausgaben in wichtigen Bereichen zu erhöhen, auch wenn dies eine höhere Verschuldung bedeute. 36 Prozent lehnen weitere Kredite ab. (tr)

SEITE 18

Unterm Hammer

Einblicke in eine Luxusvilla sind derzeit in Remseck-Aldingen möglich. Dort wird das Inventar versteigert, das von kostbarem Porzellan über Bronze-Nymphen bis zur teuren Ledergarnituren reicht. Auktionator Peter Lindenfeld setzt dabei auf höchste Diskretion. **SEITE 15**



Führerscheinprüfung

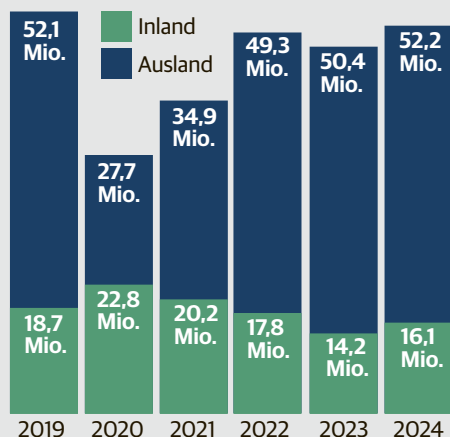
Viele Durchfaller

Fast jeder Zweite fällt durch die Theorieprüfung für den Auto-Führerschein. Mit einer Durchfall-Quote von 45 Prozent der Fahrschüler lag der Wert im vergangenen Jahr auf demselben hohen Niveau wie 2023 (46 Prozent), wie der TÜV-Verband mitteilte. Den unrühmlichen Spitzenplatz der Bundesländer teilen sich Berlin und Sachsen-Anhalt mit jeweils 50 Prozent. In Baden-Württemberg lag die Durchfall-Quote bei 47 Prozent. „Die aktuelle Statistik zeigt, dass auch mehrfaches Scheitern keine Seltenheit ist“, teilte der TÜV-Verband mit. Zwei von fünf Theorieprüfungen waren ein Wiederholungsversuch. (dpa)

SEITE 19

Im Blickpunkt

In- oder Ausland: Wohin die Deutschen am liebsten reisen



Quelle: Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen/dpa
Grafik: LKZ/Michael Wurster

AUTOMOBILINDUSTRIE

Einigung mit Gesamtbetriebsrat bei Mercedes

STUTTGART. Mercedes-Benz will wettbewerbsfähiger werden und hat sich nach eigenen Angaben mit dem Gesamtbetriebsrat auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket geeinigt. „Die Spar- und Flexibilisierungsmaßnahmen reichen von Einsparungen bei Vergütungsbestandteilen bis hin zu einer Erhöhung der Personalflexibilität mit mehr Zeitarbeit in der Produktion“, teilte eine Sprecherin mit. Das Programm verlaufe sozialverträglich und fair, hieß es. Es gebe keine betriebsbedingten Kündigungen. (lsw)

SEITE 6

KRIMINALITÄT

Nach Todesfahrt in Mannheim: Haftbefehl erlassen

MANNHEIM. Gegen den 40 Jahre alten Autofahrer ist nach der Todesfahrt von Mannheim Haftbefehl wegen zweifachen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes erlassen worden. Er habe am Dienstag keine Angaben gemacht, so Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt. Eine 83-jährige Frau und ein 54-jähriger Mann waren bei der Amokfahrt gestorben, elf Menschen teils schwer verletzt worden. (lsw)

SEITE 4

VERTEIDIGUNG

Debatte um die Wehrpflicht nimmt Fahrt auf

BERLIN. Wegen der veränderten Bedrohungslage in Europa durch den Angriff Russlands auf die Ukraine werden die Rufe nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht lauter. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, André Wüstner, forderte den Start einer Wehrpflicht nach schwedischem Modell mit verpflichtender Erfassung noch in diesem Jahr. Sonst sei die Gewinnung von Personal nicht zu schaffen. (dpa)

SEITEN 2 UND 3

HANDELSKONFLIKT

China und Kanada reagieren auf USA mit Gegenzöllen

WASHINGTON. China und Kanada reagieren auf die seit heute Nacht geltenden neuen US-Importzölle ihrerseits mit Gegenzöllen. Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau kündigte bereits vor dem Inkrafttreten der US-Zölle Gegenmaßnahmen in gleicher Höhe an. China teilte am frühen Morgen deutscher Zeit mit, man werde ab dem 10. März zusätzliche Zölle vor allem auf landwirtschaftliche Produkte aus den USA erheben. Die EU bedauerte die Entscheidung der Vereinigten Staaten, Zölle auf Waren aus Mexiko und Kanada zu erheben. (dpa)

SEITE 7